

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Pamela Rendi-Wagner
Genossinnen und Genossen

betreffend Gerechtigkeit und Solidarität in der Corona Krise

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 1 Erklärung des Bundeskanzlers und des
Vizekanzlers gemäß § 19 Abs. 2 GOG-NR zur aktuellen Situation

Begründung

Die Coronakrise wird ein riesiges Budgetdefizit in den Staatshaushalt reißen. Der internationale Währungsfonds geht mittlerweile von einem Wirtschaftseinbruch in Österreich von 7% im Jahr 2020 aus. Der Fiskalrat rechnet alleine für heuer mit einem Budgetdefizit von rund 20 Milliarden Euro. Innerhalb von wenigen Wochen haben etwa 200.000 Menschen in Österreich ihre Arbeit verloren, weil die Regierung zu zögerlich bei den sozialen und wirtschaftspolitischen Abfederungsmaßnahmen agiert hat.

Die Krise hat der Gesellschaft deutlich vor Augen geführt, wer die echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in Österreich sind. Es sind u.a. die Pflegekräfte, es sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Supermärkten und in der Lebensmittelproduktion, bei der Straßenreinigung, bei der Müllabfuhr, die Reinigungskräfte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen – um nur einige hier zu nennen. Wir können nach dieser Krise nicht zur Tagesordnung übergehen. Ohne gravierende Änderungen in unserem Steuersystem ist eine gerechte Finanzierung der Krisenkosten einfach nicht machbar.

Es braucht wieder mehr Gerechtigkeit in Österreich

Die Regierung hat eine einmalige Spendenaktion der Regierungsmitglieder angekündigt. Gegen eine Spende ist nichts einzuwenden, viele ÖsterreicherInnen spenden regelmäßig. Einmalige Politikerspendsen lösen jedoch die schweren sozialen Probleme dieser Krise nicht.

Bisher verweigert ÖVP/Grün jenen Menschen, die aufgrund der Coronakrise arbeitslos geworden sind, die Erhöhung des Arbeitslosengeldes (von derzeit nur 55%) auf 70% des Letztbezugs. Betriebe, die Staatshilfe in Millionenhöhe erhalten, können ihren Spitzenmanagern noch immer Boni (in halber Höhe) in Millionenhöhe auszahlen. Die Regierung schließt bis heute dezidiert die Einführung von Millionärsabgaben aus, obwohl Multimilliardäre wie Jeff Bezos ihr Privatvermögen sogar während oder durch die Krise weiter vermehren können. Es braucht endlich wieder mehr Gerechtigkeit und Solidarität in Österreich. Deshalb sind klare gesetzliche Regelungen zur finanziellen Bewältigung der Krise dringend notwendig. Im Budget muss dieser Weg bereits vorgezeichnet sein.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert – im Rahmen des parlamentarischen Budgetprozesses - ein Gesetzespaket zur Abfederung der sozialen und finanziellen Folgen der Coronakrise mit folgenden Inhalten vorzulegen:

- 1. Eine unbefristete Solidaritätsabgabe für Millionäre.*
- 2. Eine befristete Solidaritätsabgabe für große Onlinekonzerne (wie z.B.: Amazon) im Ausmaß von 10% des Jahresumsatzes, die von der Krise sogar profitieren.*
- 3. Eine gesetzliche Regelung – wie auch von Dänemark angekündigt - wonach Firmen, die in großem Umfang Steuern in Österreich umgehen oder ihre Gewinne in oder über Steueroasen versteuern, keinen Anspruch auf Geld aus dem Nothilfe- bzw. Härtefonds erhalten.*
- 4. Ein gesetzliches Verbot von Dividendenzahlungen und Managerboni für Unternehmen, die Staatshilfe bekommen.*

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert sich auf europäischer Ebene für die sofortige Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer nach dem ursprünglichen Kommissionsmodell – das auch hochspekulative Transaktionen erfasst – einzusetzen.“

Gründungsabteilung *Suppl.*
K *RL*
Rechts

